

5. Änderungssatzung zur

Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Warendorf vom 17.12.2010

vom 11.11.2025

Gemäß § 41 Abs. 2 und § 57 Abs. 4 Satz 1 GO NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 618), i. V. m. § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Warendorf hat der Rat der Stadt Warendorf in der Sitzung am 17.12.2010 sowie am 06.11.2025 folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

§ 2 enthält folgende Fassung:

§ 2

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Aufgaben

- a) Koordinierung der Arbeiten aller Ausschüsse und ihrer Zusammenarbeit mit der Verwaltung;
- b) Planung von Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung;
- c) Angelegenheiten folgender Ämter:
 - Büro des Bürgermeisters (mit Ausnahme der Aufgabenbereiche „Inklusion“, „Bürgerbeteiligung“ sowie „Umweltschutz/Klimaschutz/Nachhaltigkeit“)
 - Recht und Liegenschaften
 - Haupt- und Personalamt
 - Digitalisierung und IT-Service (mit Ausnahme des Aufgabenbereiches „Schul-IT“)
 - Stadtkämmerei
 - Sicherheit und Ordnung (mit Ausnahme des Aufgabenbereiches „Verkehrsregelung und -lenkung“)
 - Brandschutz und Rettungsdienst
 - Wirtschaftsförderung und Tourismus

Entscheidungsbefugnisse

- a) Eilentscheidungen (§ 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW)
- b) Zweifelsfälle, ob eine Angelegenheit zur Zuständigkeit eines Ausschusses oder des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin gehört;

- c) Erledigung von Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW;
- d) Verträge für die o.g. Aufgaben von grundsätzlicher Bedeutung;
- e) Abschluss von Grundstücksgeschäften bei einem Geschäftswert zwischen 150.000,00 € und 1.000.000,00€;
- f) An- und Verkauf von Ökologischen Werteinheiten zwischen 150.000 € und 1.000.000,00 €;
- g) Verfügung über sonstiges Vermögen der Stadt, wenn die Aufwendung oder der Geschäftswert 80.000,00 € überschreiten. Das Gleiche gilt für Leasing- oder leasingähnliche Verträge (Mietkaufvereinbarungen), wobei der Kaufwert maßgebend ist.
- h) Stundung von Geldforderungen, soweit gegenüber derselben Schuldnerin bzw. demselben Schuldner die gestundete Geldsumme 50.000,00 € oder die Stundungsfrist den Zeitraum eines Jahres übersteigt und die gestundete Geldsumme über 10.000 € liegt; entsprechendes gilt für die Hingabe von Darlehen; ausgenommen sind Entscheidungen über die Stundung von Geldforderungen entsprechend oder im Rahmen der Vorschriften der Insolvenzordnung, des § 135 Abs. 4 BauGB und des § 8a Abs. 6 und 7 KAG in der bis 31.12.2023 geltenden Fassung;
- i) Niederschlagung von Geldforderungen, soweit die Gesamtsumme gegenüber derselben Schuldnerin bzw. demselben Schuldner im laufenden Rechnungsjahr den Betrag von 50.000,00 € übersteigt; ausgenommen sind Entscheidungen über die Niederschlagung von Geldforderungen entsprechend oder im Rahmen der Vorschriften der Insolvenzordnung;
- j) Erlass von Geldforderungen und Vornahme von Schenkungen, soweit die Gesamtsumme gegenüber derselben Schuldnerin bzw. demselben Schuldner im laufenden Rechnungsjahr den Betrag von 5.000,00 € übersteigt; ausgenommen sind Entscheidungen über den Erlass oder Teilerlass von Geldforderungen entsprechend oder im Rahmen der Vorschriften der Insolvenzordnung;
- k) Festlegung der Verkaufs- und Erbbaurechtsbedingungen bei Erstvermarktung für städt. Baugrundstücke;
- l) Übertragung von Aufgaben in der Umlegung gem. § 46 Abs. 4 S. 3 BauGB;
- m) Bewilligung von finanziellen Zuwendungen außerhalb städtischer Förderprogramme (Beihilfen, Zuschüssen etc.) für den o.g. Aufgabenbereich an Dritte (Verbände, Vereine etc.), soweit der Betrag nicht 20.000,00 € pro Antragsteller/Antragstellerin übersteigt;
- n) Bewerbung für Fördermaßnahmen und Mitgliedschaften für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;
- o) Bewerbung auf Zertifizierungsprogramme für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;
- p) Konzepte und deren Fortschreibungen für die o.g. Aufgaben, wenn sie nicht aufgrund ihrer besonderen Bedeutung der Entscheidung des Rates bedürfen;

- q) Abschluss und Verlängerung von Kooperationsverträgen im Bereich der o.a. Aufgaben
- r) Festlegung von Höhe der Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger in der Feuerwehr Warendorf
- s) Entscheidungen gem. § 68 Landespersonalvertretungsgesetz (Einigungsstelle)

§ 2

§ 3 enthält folgende Fassung:

§ 3

Umwelt- und Mobilitätsausschuss

Aufgaben

- a) Angelegenheiten folgender Ämter:
 - Büro des Bürgermeisters (Aufgabenbereich „Umweltschutz/Klimaschutz/Nachhaltigkeit“)
 - Hochbauamt (für Maßnahmen in den Bereichen Umweltschutz/Klimaschutz/Nachhaltigkeit und Mobilität)
 - Sicherheit und Ordnung (Aufgabenbereich „Verkehrsregelung und -lenkung“)
 - Tiefbau und Mobilität
 - Baubetriebshof
 - Umwelt- und Geoinformation
- b) Grundsatzfragen des Natur- und Landschaftsschutzes, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Energie- und Wärmeversorgung, ggf. parallel zur Aufgabenzuweisung an einen weiteren Ausschuss

Entscheidungsbefugnisse

- a) Verträge für die o.g. Aufgaben von grundsätzlicher Bedeutung;
- b) Befreiung nach der Baumschutzsatzung;
- c) Baubeschlüsse, insbesondere für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen im Sinne von § 127 BauGB und für straßenbauliche Maßnahmen im Sinne von § 8 KAG sowie Entscheidung über die Bildung von Ausbauabschnitten und Erschließungseinheiten im Sinne von § 130 Abs. 2 BauGB;
- d) Beurteilung von Erschließungsanlagen gem. § 125 Abs. 3 BauGB;
- e) Entscheidung über allgemeine oder Einzelfall-Standards bei Neu- oder Sanierungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung im Bereich Tiefbau;
- f) Entscheidung über die Durchführung von Planungswettbewerben einschließlich der Jury-Besetzung bei einer geschätzten Projektsomme ab 10.000.000 €
- g) Konzepte und deren Fortschreibungen für die o.g. Aufgaben, wenn sie nicht aufgrund ihrer besonderen Bedeutung der Entscheidung des Rates bedürfen;
- h) Bewilligung von finanziellen Zuwendungen außerhalb städtischer Förderprogramme (Beihilfen, Zuschüssen etc.) für den o.g. Aufgabenbereich an Dritte (Verbände, Vereine)

etc.), soweit der Betrag nicht 20.000,00 € pro Antragsteller/Antragstellerin übersteigt;

- i) Bewerbung für Fördermaßnahmen und Mitgliedschaften für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;
- j) Bewerbung auf Zertifizierungsprogramme für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;
- k) Schaffung von Förderprogrammen für die o.g. Aufgaben bei einem Gesamtfördervolumen bis 50.000 €
- l) Einführung neuer sowie Änderung bestehender Abfallsysteme;
- m) Maßnahmen zur Verkehrslenkung und Verkehrsberuhigung von besonderer Bedeutung;
- n) Nutzung von städtischer Grünflächen, sofern von besonderer Bedeutung;

§ 3

§ 4 enthält folgende Fassung:

§ 4

Stadtentwicklungsausschuss

Aufgaben

- a) Denkmalausschuss im Sinne des § 30 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz
- b) Angelegenheiten folgender Ämter:
 - Hochbauamt
 - Bauverwaltung
 - Stadtplanung
 - Bauordnung und Denkmalpflege

Entscheidungsbefugnisse

- a) Verträge für die o.g. Aufgaben von grundsätzlicher Bedeutung;
- b) Beurteilung von Erschließungsanlagen gem. § 125 Abs. 3 BauGB;
- c) Widmung, Umstufung und Einziehung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze;
- d) Entscheidung über Raumprogramme und Flächenprogramme für Neu-, Um-, An- und Erweiterungsbauten von besonderer Bedeutung, sofern kein anderer Ausschuss zuständig ist;

- e) Entscheidung über die Durchführung von Planungswettbewerben einschließlich der JuryBesetzung bei einer geschätzten Projektsumme ab 10.000.000 €
- f) Baubeschlüsse für Neu-, Um-, An- und Erweiterungsbauten bei einer voraussichtlichen Gesamtbausumme zwischen 1.000.000 € und 10.000.000 €
- g) Beschlussfassung zu folgenden Verfahrensschritten in Bauleitplanverfahren:
 - a) Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gem. § 3 Abs. 1 und der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB,
 - b) Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und
 - c) erneute öffentliche Beteiligung gem. § 4a Abs. 3 BauGB
- h) Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange bei Änderungsverfahren von Raumordnungsplänen (z.B. Landesentwicklungs- oder Regionalplan), wenn sie nicht aufgrund ihrer besonderen Bedeutung der Entscheidung des Rates bedürfen;
- i) Prüfaufträge zur Änderung/Ergänzung von Festsetzungen in Bebauungsplänen
- j) Entscheidung über Anträge von Privaten auf Aufstellung von Bebauungsplänen
- k) Ausübung des Vorkaufsrechtes gem. § 31 Denkmalschutzgesetz sowie gem. §§ 24 und 25 BauGB im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel; ausgenommen sind Fälle nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, welche als Geschäft der laufenden Verwaltung gelten;
- l) Konzepte und Studien sowie deren Fortschreibungen für die o.g. Aufgaben, wenn sie nicht aufgrund ihrer besonderen Bedeutung der Entscheidung des Rates bedürfen;
- m) Bewerbung für Fördermaßnahmen und Mitgliedschaften für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;
- n) Bewerbung auf Zertifizierungsprogramme für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;
- o) Bewilligung von finanziellen Zuwendungen außerhalb städtischer Förderprogramme (Beihilfen, Zuschüssen etc.) für den o.g. Aufgabenbereich an Dritte (Verbände, Vereine etc.), soweit der Betrag nicht 20.000,00 € pro Antragsteller/Antragstellerin übersteigt;
- p) Schaffung von Förderprogrammen für die o.g. Aufgaben bei einem Gesamtfördervolumen bis 50.000 €
- q) Entscheidung nach § 13 Gestaltungssatzung

§ 4

§ 7 enthält folgende Fassung:

§ 7

Sport-, Vereinswesens-, Ehrenamts- und Bürgerbeteiligungsausschuss

Aufgaben

a) Angelegenheiten folgender Ämter:

- Büro des Bürgermeisters (Aufgabenbereich „Bürgerbeteiligung“)
- Schule, Jugend und Sport (Aufgabenbereich „Sport“)

b) Vereinswesen und Ehrenamt

c) Erweiterte Bürgerbeteiligung als freiwillige Formen der Beteiligung, die über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung u.a. gem. § 23 ff. GO NRW hinausgehen (insbesondere Vorberatung über die Durchführung eines Bürgerrates, Bürgerbeirates oder Projektbeirates sowie anderer Beteiligungsformate, für die Haushaltsmittel ab einer Höhe von 10.000 € bereitgestellt werden müssen)

Entscheidungsbefugnisse

a) Verträge für die o.g. Aufgaben von grundsätzlicher Bedeutung;

b) Bewilligung von finanziellen Zuwendungen außerhalb städtischer Förderprogramme (Beihilfen, Zuschüssen etc.) für den o.g. Aufgabenbereich an Dritte (Verbände, Vereine etc.), soweit der Betrag nicht 20.000,00 € pro Antragsteller/Antragstellerin übersteigt;

c) Bewerbung für Fördermaßnahmen und Mitgliedschaften für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;

d) Bewerbung auf Zertifizierungsprogramme für die o.g. Aufgaben von besonderer Bedeutung;

e) Konzepte, Richtlinien und deren Fortschreibungen für die o.g. Aufgaben, wenn sie nicht aufgrund ihrer besonderen Bedeutung der Entscheidung des Rates bedürfen;

f) Abschluss und Verlängerung von Kooperationsverträgen im Bereich der o.a. Aufgaben

g) Entscheidungen gemäß der vom Rat beschlossenen Sportförderrichtlinie in der aktuellen Fassung

h) Entscheidung über die Sporthallenordnung sowie über die Regelungen zur Nutzung der Sportplätze;

i) Entscheidung über Raum- und Flächenprogramme für Neu-, Um-, An- und Erweiterungsbauten von besonderer Bedeutung für die o.g. Aufgaben;

j) Grundsatzfragen zur Förderung des Ehrenamtes, der ehrenamtlichen Tätigkeit und der Erweiterten Bürgerbeteiligung;

k) Schaffung von Förderprogrammen für die o.g. Aufgaben bei einem Gesamtfördervolumen bis 50.000 €

§ 5

Die Änderungssatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Stadt Warendorf
Der Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Öffentliche Bekanntmachung der 5. Änderungssatzung zur Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Warendorf vom 17.12.2010

Die vorstehende Zuständigkeitsordnung wird hiermit gemäß § 15 der Hauptsatzung der Stadt Warendorf in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 06.06.2025 öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser ortsrechtlichen Bestimmungen nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Warendorf, den 11.11.2025



Peter Horstmann
Bürgermeister